



NIEDERSCHRIFT

10. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 06.10.2011
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	18:45 Uhr
Ort, Raum:	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Herr Alfred Sonders - Bürgermeister

Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion

Herr Stv. Norbert Koerlings - ABU-Fraktion

Vertretung für: Herrn Stv. Mortimer,
Franz-Bernd

Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion

Herr Stv. Konrad Krämer - SPD-Fraktion

Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion

Herr Stv. Karl-Heinz Robert - SPD-Fraktion

Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion

Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion

Frau Stv. Ulrike Wagner - CDU-Fraktion

Herr Stv. Hubert Hennes - ABU-Fraktion

Frau Stv. Beatrix Schongen - GRÜNE-Fraktion

Vertretung für: Herrn Stv.
Heidenreich, Horst-Dieter

Herr Stv. Heinrich Liska - FDP-Fraktion

Herr Stv. Dietmar Brühl - FWA-Fraktion

Herr Stv. Andreas Weber - REP-Fraktion

Herr Stv. Hartmut Knippschild - Fraktionsloses Ratsmitglied

Abwesend waren:

Herr Stv. Franz-Bernd Mortimer - ABU-Fraktion

entschuldigt

Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion

entschuldigt

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2011/1362
2. Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2011/1363
3. Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2011/1364
4. Vorstellung der Verbraucherzentrale NRW, Beratungsstelle Alsdorf
Vorlage: 2011/1353
5. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuern in der Stadt Alsdorf (Vergnügungssteuersatzung)
Vorlage: 2011/1324
6. 7. Änderung der Hundesteuersatzung
Vorlage: 2011/1323
7. Anfragen und Mitteilungen
Vorlage: 2011/1365

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung der Sitzung Vorlage: 2011/1362

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders eröffnet gegen 18.00 Uhr die 10. Sitzung des Hauptausschusses des Rates der Stadt Alsdorf.

Er begrüßt

- die Damen und Herren Stadtverordneten,
- die Gäste (Frau Claudia Schmitz von der Verbraucherzentrale NRW, Beratungsstelle Alsdorf und Herrn Stv. Nevelz, FWA-Fraktion),
- die sonstigen ZuhörerInnen sowie
- die MitarbeiterInnen der Verwaltung (Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen, Dez. I, Frau Technische Beigeordnete Lo Cicero-Marenberg, Dez. III, Herrn Dezernenten Spaltner, Dezernat II, Herrn Kämmerer Hafers, FB 5 – Finanzen, Frau Rietz, FG 1.1 – Büro des Rates, Herrn Brenig, FG 6.1 – Bürgerdienste, Frau Beylich, Leiterin des städtischen Rechnungsprüfungsamtes, Frau Scheefe, FG 1.1 (Schriftführerin) – Büro des Rates.

Anschließend stellt **Herr Bürgermeister Sonders** fest, dass mit Einladung vom 13.09.2011 form- und fristgerecht zur heutigen Sitzung eingeladen wurde. Der Hauptausschuss ist beschlussfähig.

Änderungen zur Tagesordnung seitens der Verwaltung liegen nicht vor.
Auch von Seiten der Fraktionen im Rat der Stadt werden keine Änderungen beantragt.

Die vorliegende **Tagesordnung wird einstimmig angenommen.**

Hieran anschließend werden folgende mündliche Anfragen angekündigt.

Frau Stv. Schongen – GRÜNE-Fraktion – 1 Anfrage im öffentlichen Teil der Sitzung
Herr Stv. Hennes – ABU-Fraktion – 1 Anfrage im öffentlichen Teil der Sitzung
Herr Stv. Brandt – CDU-Fraktion – 1 Anfrage im öffentlichen Teil der Sitzung

zu 2 Fragestunde für Einwohner Vorlage: 2011/1363

Protokoll:

Seitens der Einwohner der Stadt Alsdorf werden keine Fragen gestellt.

zu 3 Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2011/1364

Protokoll:

Zu Seite 2/6, TOP 8, erkundigt sich **Frau Stv. Schongen, GRÜNE-Fraktion** nach dem Termin für das geplante Stadtteilgespräch im Stadtteil Alsdorf-Begau.

Hierzu führt **Herr Erster Beigeordneter Kahlen** aus, der Termin sei im Rahmen der übrigen Stadtteilgespräche für Anfang Frühjahr 2012 vorgesehen.

Herr Bürgermeister Sonders ergänzt, er möchte sich zunächst noch ein genaueres Bild von der Situation verschaffen. Hierfür werde noch Vorbereitungszeit benötigt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Hauptausschusses am 14.07.2011 gefassten Beschlüsse sowie über den noch nicht ausgeführten Beschluss aus der Sitzung vom 14.08.2007 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

zu 4 Vorstellung der Verbraucherzentrale NRW, Beratungsstelle Alsdorf
Vorlage: 2011/1353

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt **Herr Bürgermeister Sonders** die Leiterin der Verbraucherzentrale NRW, Beratungsstelle Alsdorf, Frau Claudia Schmitz. Er weist zudem darauf hin, dass die Verbraucherzentrale im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“ demnächst von der Bahnhofstraße in die Luisenpassage wechseln werde.

Frau Schmitz bedankt sich für die Einladung. Sie beginnt ihren Vortrag mit einer Darstellung der aktuellen Stellenbesetzung und informiert in diesem Zusammenhang über die von den einzelnen MitarbeiterInnen wahrzunehmenden Aufgaben. Hieran schließt sich die Vorstellung folgender Beratungsschwerpunkte an:

- Versicherungsmarkt, z.B. Versicherungsscheck u. a.,
- Telekommunikation, z.B. Wechsel des Telefonanbieters u. a.,
- Gesundheitsmarkt, z.B. Wiedereintritt in eine Versicherung, „Rund-um-Beratung“ bei rechtlichen Ansprüchen aus der gesetzlichen Krankenversicherung,
- Energemarkt, z.B. Versorgerwechsel, Sperrungen u. a. und
- Zahlungsschwierigkeiten.

Die häufigsten Anfragen, so Frau Schmitz, würden von Senioren und Migranten gestellt. Besonders aufgefallen sei in letzter Zeit, dass zunehmend auch gut situierte Mittelschichthaushalte in Krisensituationen kämen.

Den Hauptanteil der Beratung mache der Bereich Telekommunikation aus, gefolgt von „Internetabzocke“, Vertragsrecht, Gewinnspielen, finanziellen Forderungen und dem Energiebereich. Im laufenden Jahr 2011 sei bisher in 640 Fällen eine Rechtsvertretung übernommen worden.

Dank der Unterstützung der Stadt Alsdorf und der übrigen Nordkreisstädte konnte zu Anfang des Jahres eine zusätzliche 0,5-Stelle eingerichtet werden. Dadurch seien u.a. zusätzliche Angebote in Form von Vorträgen durch Fachanwälte z.B. für Kommunen, Parteien, Schulen und Vereine möglich geworden. Zudem sei es möglich geworden, die telefonische Erreichbarkeit zu verbessern. Das bedeute konkret, dass die Anzahl der telefonischen Kontakte etwa um ein Drittel gestiegen sei. Nicht zuletzt stünde durch die Stellenerweiterung aber auch einfach mehr Zeit für die persönliche Beratung zur Verfügung, wodurch eine ausführlichere Information der Ratsuchenden möglich sei.

Die Gesamtanzahl der Kontakte belief sich in der ersten Jahreshälfte auf ca. 7.450 BürgerInnen aus den Städten Alsdorf, Baesweiler, Herzogenrath, Würselen und „Sonstige“. Hierin seien jedoch telefonische Kontakte und kurze persönliche Vorsprachen nicht erfasst.

Frau Schmitz bedankt sich für die Aufmerksamkeit und insbesondere für die Einrichtung der zusätzlichen halben Stelle, die zwischenzeitlich durch Kofinanzierung durch das Land aufgestockt worden sei auf eine volle Stelle.

Herr Bürgermeister Sonders dankt Frau Schmitz für den informativen Vortrag und hebt die gute und kompetente Arbeit der MitarbeiterInnen der Beratungsstelle Alsdorf hervor. Dieser Einschätzung schließen sich die während der Diskussion sprechenden Mitglieder des Hauptausschusses an.

Im weiteren Verlauf werden im Wesentlichen folgende Fragen gestellt:

Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion,

fragt nach, woher die Verbraucher aus dem Bereich „Sonstige“ kommen.

Frau Schmitz erläutert zunächst noch einmal, dass es sich bei den statistischen Angaben lediglich um die Daten von denjenigen Personen handelt, für die eine Rechtsvertretung wahrgenommen wurde. Verbraucher, die lediglich mit einer kurzen Anfrage in die Beratungsstelle kommen, seien in der Statistik nicht erfasst, so dass die Darstellung nicht den Anspruch der absoluten Vollständigkeit erhebe.

Die Ratsuchenden aus dem Bereich „Sonstige“ kämen aus den umliegenden Kommunen, wie z.B. Hückelhoven, Stolberg, Eschweiler u.a. Es handele sich dabei zum Teil um Angehörige (Kinder) von Alsdorfer Bürgern, die die Anfragen für ihre Eltern erledigen. Darüber hinaus gäbe es im Kreis Heinsberg bisher noch keine Beratungsstelle. Die Landesregierung habe jedoch Geld für die Einrichtung weiterer Beratungsstellen bereitgestellt.

Herr Stv. Steinbusch, SPD-Fraktion,

möchte wissen, ob es auch Beschwerden über einzelne Stadtverwaltungen gebe.

Hierzu informiert Frau Schmitz, dass sich derartige Kontakte im Wesentlichen auf Erklärungsbedarf zu den am Jahresanfang zugestellten Gebührenbescheiden beschränken sowie auf Hilfe bei Wohngeldbescheiden. Die Anfragen in diesem Bereich seien jedoch verschwindend gering.

Herr Stv. Hennes, ABU-Fraktion,

stellt die Frage, warum der Bereich „Internetabzocke“ immer noch einen so hohen Prozentsatz ausmache.

Frau Schmitz informiert, dass es sich dabei entweder um immer neue Anbieter handele, die bisherige dubiose Geschäftspraktiken nachahmen oder Firmen, die neue Methoden entwickelt haben.

Da diese Betriebe meistens vom Ausland aus agieren, sei die Rechtsverfolgung schwierig.

Herrn Stv. Weber, REP-Fraktion,

interessieren die genannten statistischen Werte. Für ihn sei nicht klar, ob Eschweiler und Stolberg in den 6 % „Sonstige“ auch mit drin seien.

Zudem möchte er wissen, was der Hauptgrund für die Erstellung der Statistik war, ob diese z.B. irgendwo als Arbeitsnachweis vorgelegt werden müsse.

Frau Schmitz antwortet, die Verbraucherzentrale sei gehalten – auch dem Ministerium gegenüber – eine Statistik zu führen, allerdings beziehe sich dies lediglich auf eine Statistik über die reine Fallbearbeitung.

Durch die Zuweisung einer Praktikantin am Jahresanfang sei es jedoch möglich gewesen, die heute vorgelegte Statistik anzufertigen mit zusätzlichen Informationen z. B. darüber, aus welchen Kommunen die Anfragen kommen sowie über die Themenbereiche.

Kurze Anfragen während eines Tages, würden in der Statistik nicht erfasst. In den angeführten 6 % „Sonstige“ seien Verbraucher aus Eschweiler und Stolberg auch enthalten. Allerdings würden Anfragen von BürgerInnen aus Stolberg häufig auch in Aachen vorgetragen. Zudem gäbe es von Eschweiler und Stolberger Bürgern häufiger telefonische Nachfragen. Diese Anliegen würden danach oft nicht in der Beratungsstelle Alsdorf weiterbearbeitet, sondern direkt an eine gebührenpflichtige Fachberatung weitergeleitet.

Herr Stv. Weber möchte weiterhin wissen, ob die Daten der Beratungsstelle jährlich zur Verfügung gestellt werden können, so dass ein Fortlauf gesehen und verfolgt werden könne.

Dies, so Frau Schmitz, werde bereits jetzt praktiziert und solle auch weiterhin so gehandhabt werden. Zudem werde derzeit ein neues Statistikprogramm entwickelt, damit diese Daten den Kommunen leichter zur Verfügung gestellt werden können.

Für alle Anwesenden bedankt sich **Herr Stv. Plum** für die hervorragende Arbeit der MitarbeiterInnen der Beratungsstelle Alsdorf und gibt in diesem Zusammenhang Anerkennung und Dankbarkeit von Alsdorfer BürgerInnen weiter, denen durch die Verbraucherzentrale geholfen wurde.

Herr Dezernent Spaltner geht ergänzend auf die zum Jahresende anstehende Verlängerung des Vertrages mit der Verbraucherzentrale ein. Alsdorf habe vor einiger Zeit bereits ein positives Votum dazu abgegeben. Zwischenzeitlich lägen auch zustimmende Rückmeldungen aus den Städten Herzogenrath und Baesweiler vor. Auch Würselen rechne mit einer Entscheidung zugunsten einer Verlängerung des Vertrages im Sozialausschuss der Stadt am 08.11.2011.

Die Präsentation ist als Anlage zur Niederschrift beigefügt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Leiterin der Beratungsstelle Alsdorf, Frau Schmitz, zur Kenntnis.

**zu 5 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuern in der Stadt Alsdorf (Vergnügungssteuersatzung)
Vorlage: 2011/1324**

Protokoll:

In dieser Angelegenheit legt **Herr Erster Beigeordneter Kahlen** dar, entsprechend dem Beschluss des Rates der Stadt zum Haushaltssicherungskonzept lege die Verwaltung heute die Veränderung der Vergnügungssteuersätze zur Vorberatung vor. Die wesentliche Änderung betreffe Ziffer 1 der Sachdarstellung – Besteuerung von Geräten mit Gewinnmöglichkeit nach dem Einspielergebnis. Die vorgeschlagene Erhöhung hier würde zu Mehreinnahmen in Höhe von etwa 100.000 Euro führen, während die unter den Ziffern 2 und 3 vorgenommenen Erhöhungen zusammen lediglich ca. 10.000 Euro erbringen würden.

Herr Stv. Loosz führt aus, nach ausführlicher Beratung der Sachlage sei die SPD-Fraktion der Auffassung, dass es durchaus angemessen sei, den Steuersatz für Geräte in Gaststätten und Spielhallen mit Gewinnmöglichkeit, nicht auf 12 %, sondern auf 13 % zu erhöhen. Die übrigen Änderungen fänden die Zustimmung seiner Fraktion.

Herr Bürgermeister Sonders stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit der von Herrn Stv. Loosz vorgetragene Erweiterung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt die Neufassung der Vergnügungssteuersatzung (Anlage der Originalniederschrift) unter der Maßgabe der Erhöhung der Vergnügungssteuersätze bei Geräten mit Gewinnmöglichkeit in Gaststätten und Spielhallen (§ 6 Abs. 2) auf 13 %.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (bei 1 Enthaltung).

zu 6 **7. Änderung der Hundesteuersatzung**
Vorlage: 2011/1323

Protokoll:

Die SPD-Fraktion, so Herr Stv. Loosz, habe weitergehenden Besprechungsbedarf zur Thematik. Er regt an, die Beratung dieses Tagesordnungspunktes im Rat der Stadt vorzunehmen.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, schließt sich seinem Vorredner grundsätzlich an. Darüber hinaus gibt er zur Kenntnis, dass seine Fraktion dem Vorschlag der Besteuerung schwerbehinderter Hundehalter nicht zustimmen wolle. Schwerbehinderte Hundehalter sollten weiterhin von der Steuer befreit bleiben.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist die Angelegenheit ohne Beschlussfassung zur Beratung an den Rat der Stadt für dessen Sitzung am 24.11.2011.

zu 7 **Anfragen und Mitteilungen**
Vorlage: 2011/1365

Protokoll:

- **Mündliche Anfrage der Frau Stv. Schongen, GRÜNE-Fraktion, zur Fluchttreppe der Gustav-Heinemann-Gesamtschule**
- **Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Hennes, ABU-Fraktion, zur Beschilderung am alten Friedhof in Alsdorf-Schauenberg**
- **Mündliche Anfrage des Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion zu den Dichtigkeitsprüfungen**

-
- **Mündliche Anfrage der Frau Stv. Schongen, GRÜNE-Fraktion, zur Fluchttreppe der Gustav-Heinemann-Gesamtschule**

Frau Stv. Schongen, GRÜNE-Fraktion, fragt an, ob die Verwaltung bezüglich der Fluchttreppe der Gustav-Heinemann-Gesamtschule bereits etwas unternommen habe. Laut dem Pflugschaftsvorsitzenden führe die Fluchttreppe an die Wand. Frau Stv. Schongen möchte wissen, wer die Fluchttreppe geplant habe und ob das Problem schon behoben sei oder behoben werde.

Hierauf antwortet **Herr Dezernent Spaltner,** dass er sich gemeinsam mit Herrn Minnaert von der Industrie- und Gewerbestadt Alsdorf GmbH (IGA) die Situation vor Ort angesehen habe. Dem Architekten, Herrn Wirtz, sei durch die IGA zwischenzeitlich der Auftrag erteilt worden, eine Änderung vorzunehmen.

Der Ausgang der Fluchttreppe werde nun so ausgeführt, dass man nicht mehr gegen das Gebäude laufe.

Frau Stv. Schongen fragt an, ob dies zeitnah erledigt werde.

Darauf antwortet **Herr Dezernent Spaltner**, dass der Auftrag bereits erteilt worden sei und kurzfristig ausgeführt werde.

Herr Stv. F. Krämer, SPD-Fraktion, merkt an, da die Problematik auch den Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur betreffe, sei es wünschenswert, dass die Verwaltung im Ausschuss unaufgefordert Stellung beziehe, bevor dort weitere Anfragen dazu gestellt werden.

Herr Dezernent Spaltner sagt dies zu.

- **Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Hennes, ABU-Fraktion,
zur Beschilderung am alten Friedhof in Alsdorf-Schauferberg**

Herr Stv. Hennes, ABU-Fraktion, merkt an, dass aufgefallen sei, dass das Verbotsschild „Hunde Gassi führen“ am alten Friedhof in Schauferberg entfernt worden sei. Jedoch stehe dieses Schild am Kreuzberg nach wie vor. Dies habe bei den Anwohnern zur Verunsicherung geführt. Herr Stv. Hennes möchte wissen, warum das Schild am alten Friedhof entfernt wurde und fragt an, ob es demzufolge nun wieder erlaubt sei, dort Hunde auszuführen und am Kreuzberg nicht.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen weist darauf hin, dass der ehemalige Friedhof zwischenzeitlich als Parkanlage genutzt werde und die Regelung wohl deshalb geändert worden sei. Genaueres müsse er recherchieren.

Herr Stv. K. Krämer, SPD-Fraktion, ergänzt, dass am alten Friedhof früher das Schild stand „Hunde verboten“. Zwischenzeitlich sei dort das Schild „Hunde an der Leine führen“ aufgestellt worden.

Auf Nachfrage des Bürgermeisters erklärt **Herr Stv. Hennes**, dass die Antwort für ihn ausreichend sei.

- **Mündliche Anfrage des Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion
zu den Dichtigkeitsprüfungen**

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, legt dar, dass es in der Bevölkerung eine Irritation zu den Dichtigkeitsprüfungen gäbe. Es seien Fragen aufgetaucht, ob bezüglich der Anforderungen Änderungen vorgenommen worden seien. So werde z.B. sogar erörtert, ob private Haushalte überhaupt verpflichtet seien, diese Prüfungen vornehmen zu lassen.

Hierauf antwortet die **Technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg**, die Pflicht zur Durchführung der Dichtigkeitsprüfung bestehe grundsätzlich weiter. Richtig sei, dass in den letzten Monaten verschiedene Erlasse seitens des Ministeriums ergangen seien, die zwar einige Durchführungsvereinfachungen enthalten, den Inhalt der Alsdorfer Satzung jedoch bestätigen. So sei für Alsdorf bereits festgelegt, dass die Prüfungen nicht zwingend mittels Luftdruck durchgeführt werden müssen, was in einigen Kommunen vorgeschrieben sei, sondern eine optische Prüfung reiche in der Regel aus. Darüber hinaus seien für das Alsdorfer Gebiet die Fristen so gestaffelt worden, dass die Termine für das gesamte Stadtgebiet bis 2022 gestreckt seien.

Herr Bürgermeister Sonders ergänzt, hilfreich sei ggf. bei entsprechenden Anfragen auch der Hinweis, dass die Privaten abwarten können, bis ihr Ortsteil an der Reihe sei. Die Stadt werde vor den entsprechenden Terminen noch einmal ortsteilbezogene Informationsveranstaltungen zu den dann aktuellen Vorschriften durchführen. Sollten sich in der Zwischenzeit maßgebliche Änderungen ergeben, werde natürlich umgehend informiert.

Alsdorf, 20.10.2011

gez. Sonders
Bürgermeister

gez. Scheefe
Schriftführerin